

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2526/038.01

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2025/2026

20. November 2025

Änderungsantrag zur Vorlage 2526/038

der Fraktion Internationaler Jugendverein

Nein zur Wehrpflicht, Ja zur zivilen Entfaltung des Lebens

Das Studierendenparlament möge beschließen:

Am 5. Dezember soll der Bundestag ein neues Wehrdienstgesetz verabschieden. Es bereitet die schrittweise Wiedereinführung der Wehrpflicht vor. Auch, wenn wir als Studierende bisher nicht direkt betroffen sind, da zunächst alle Jungen ab Jahrgang 2008 einen Fragebogen zur „Wehrfähigkeit“ ausfüllen und anschließend flächendeckend gemustert werden sollen, halten wir es für wichtig, dass sich das StuPa dazu verhält, da das Gesetz ein weiter Schritt in Richtung Kriegsvorbereitung und Militarisierung der Gesellschaft ist. Dieser Kurs schreitet auch voran an unserer Universität. Während die Stadt vermeintlich kein Geld für die Ausfinanzierung unserer Universität hat, weswegen allesamt Fachbereiche angehalten sind, 4,5% ihrer Gelder einzusparen, erleben wir, wie Sondervermögen fürs Militär ausgegeben werden und Unternehmen wie Rheinmetall von Großaufträgen profitieren. Fehlende staatliche Fördermittel werden durch Drittmittel ausgeglichen. Darunter immer mehr Konzerne, die direkt oder indirekt fürs Militär produzieren. Die kommende Wehrpflicht ist Ausdruck dieses politischen Kurses, der gegen uns gerichtet ist. Wir bekräftigen die Kampagne gegen die 4,5% und stellen uns gegen Wiedereinführung der Wehrpflicht, von denen unsere Geschwister, Familienangehörige, Bekannte und die nächsten Generationen von Studierenden betroffen sein werden. Wir rufen dazu auf, sich am 5. Dezember an möglichen Protestaktionen zu beteiligen und sich Aktionen rund um die Ausfinanzierung und damit gegen den Einfluss von (Rüstungs-) Unternehmen hier an unserer Universität anzuschließen.